

Inselvertreter und SDN fordern „Deutsche Küstenwache“

„Havariekommando“ nur Übergang / Alle Bundes- und Landesbehörden gleichberechtigt einbinden

(Berlin) Auch nach intensivem Studium der Empfehlungen der „Expertenkommission des Bundes zur Havarie der Pallas“ fordern die Insel- und Halligkonferenz und die Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste (SDN) erneut die Schaffung einer "Deutschen Küstenwache“ mit einer straffen, alle Kompetenzen umfassenden Organisation, die die Voraussetzung für die Vermeidung und eine zügige, nach einheitlichen Grundsätzen erfolgenden Bekämpfung von Havarien und deren Folgen gewährleistet.

Die Expertenkommission hatte zwar derartige Gesichtspunkte und auch die Schwachstellen des derzeitigen Sicherheitskonzepts für die Deutsche Bucht klar erwähnt, in den Empfehlungen an die Politik finden sich diese Aussagen erstaunlicherweise nicht wieder. So ist die SDN verwundert darüber, dass die Kommission die Tatsache einer bereits sechs Jahren in Cuxhaven existierenden „Deutsche Küstenwache“ für eine zukünftige verbesserte Organisation keine Rechnung trägt. Zwar sei damals nur der erste Schritt zur Schaffung eines sog. „Koordinierungsverbundes“ getan worden und eine weitere Zusammenfassung der vorhandenen Kräfte zu einer schlagkräftigen Organisation seitens der Verwaltungen und mangelndem Interesse aus egoistischem Ressortdenken unterblieb. Richtigerweise empfiehlt die Kommission zwar die Dienste des Bundes (Zoll, BGS, Fischereiaufsicht, Wasserschiffahrtssdirektion) zusammenzufassen, jedoch haben die Bundesverwaltungen diesen Vorschlag verworfen und verfolgen die Umsetzung nun nicht mehr.

Das nun von der Teilprojektgruppe entwickelte Modell eines „Havariekommandos“ aus den Kräften der Wasserschiffahrtsverwaltungen und den Wasserschutzpolizeien der Länder sei zwar ein richtiger Schritt und wird von den Bürgermeistern und SDN wohlwollend kritisch gesehen. Da dieses Kommando jedoch erst ab einer Havarie tätig wird, seien die Forderungen nach einer effektiven Küstenwache nicht erfüllt und bleibe daher langfristiges Ziel der Küstenpolitik, unterstreichen die Bürgermeister

Das Havariekommando soll zwar die vorhandenen Stellen des Bundes und der Länder wie „Zentrale Meldestelle“, „Einsatzleitgruppe“ u.a. ersetzen. In der Praxis bedeutet dieses jedoch eine neue Stabebene, die neben der Küstenwache aufgebaut wird und auf anderer Ebene Entscheidungen fällt, die es wiederum zu koordinieren gilt. Denn der Bundesgrenzschutz und der Wasserzoll sind in dieser Struktur nicht eingebunden und bleiben außen vor. Zwar läge das an dem sturen Verhalten der Vertreter des BMI und BMV, die sich bei den Verhandlungen zum Havariekommando wenig kooperativ gezeigt hätten, wissen die Bürgermeister und SDN. Das habe nun dazu geführt, dass BGS und Zoll zukünftig in das Havariekommando nicht direkt eingebunden seien.

Die Insulaner und SDN fordern jedoch, dass die Aufgaben wie „Lageerstellung“, „Eingreifen bei Havarien“ bereits von der Küstenwache direkt ohne zusätzliche Meldewege ausgeführt wird. Das Personal solle bereits im alltäglichen Geschäft mit dem entsprechenden Sachversand wie z.B. Bergungsfachwissen und Kompetenzen ausgerüstet sein. Zusätzliche Kommandoebenen können im Ernstfall nur zu Zeitverzögerungen in der Abwicklung von Bekämpfungsmaßnahmen führen. „Auch aus einem kleinen Feuer an Bord kann letztlich ein großer Unfall entstehen“, erinnert Vorstandssprecher Hans von Wecheln mit Hinblick auf die Havarie der Pallas. Angesichts der ernsthaften finanziellen Lage des Bundes und der Länder sollten alle vorhandenen Kräfte sinnvoll zusammengefasst werden. Es bestehe daher der Verdacht, dass bei den Empfehlungen zuviel Rücksicht auf Verwaltungsinteressen und alten, eingefahrenen Strukturen genommen wurde.

Damit die Empfehlungen nicht kommentarlos von Verwaltungen umgesetzt werden, sollten nach Meinung der Bürgermeister die Abgeordneten aller Parteien, so wie vor sechs Jahren, sich dieser Thematik annehmen, damit zukünftig eine effektive Organisation zum Schutz der Küste vor Havarien geschaffen wird.